

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/45

Bonn, den 6. März 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Der neue Bundespräsident</u> Zur Wahl von Dr. Dr. Dr. Gustav W. Heinemann	31
2 - 4	<u>Unsere Lehrer und ihre Besoldung</u> Bemerkungen zum zweiten Besoldungsneuregelungs-Gesetz Von Dr. Ulrich Lobmar, MdB	149
5 - 6	<u>Gesellschaft der verantwortlichen Väter</u> Bildungsforschung gibt neue Anstöße für das "Prinzip Mitbestimmung" Von Wolfgang Tschechne	60
	<u>FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:</u> Nur 75 Frauen in der Bundesversammlung "Eine starke Frau, wer wird sie finden..." (Sprüche Salomons 31, 10-31) Zur Berufung Golda Meirs zum israelischen Ministerpräsidenten Von Günter Grossmann Schluß mit den "Mogelpackungen"! Kurznachrichten	

Der neue Bundespräsident

Zur Wahl von D. Dr. Dr. Gustav W. Heinemann

G.M. - Der neue Präsident der Bundesrepublik Deutschland heißt
D. Dr. Dr. Gustav W. Heinemann.

Mit D. Dr. Dr. Gustav W. Heinemann stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands seit Friedrich Ebert, dem unvergessenen Reichspräsidenten, zum erstenmal wieder einen der ihren an die Spitze des demokratischen Deutschland.

Der neue Präsident ist kein bequemer Mann. Unbestechlich im Urteil, fern von jedem Opportunismus ist er immer den Weg seines Gewissens gegangen. In seiner Person verbinden sich die Tugenden des beharrlichen Strebens nach Fortschritt, der Toleranz gegenüber Andersdenkenden und des ausgeprägten Sinns für Gerechtigkeit.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hatte D. Dr. Dr. Gustav W. Heinemann zu ihrem Kandidaten für das höchste Amt im Staate erkoren, weil sie die Gewißheit hat, daß er ein behutsamer, aber gleichzeitig auch zielstrebigere Wahrer der deutschen Demokratie ist.

In einer Zeit, in der gerade in unserem Staat die Schatten der Vergangenheit dem Licht einer besseren Zukunft zu weichen beginnen, wird es entscheidend darauf ankommen, wer an seiner Spitze steht. Unsere jungen Menschen sollen am Beispiel des Präsidenten erfahren dürfen, was die guten Traditionen der deutschen Geschichte zu wahren sind und wie weit das Neuland sein muß, auf dem eine bessere Zukunft gedeihen kann.

Vor dieser Aufgabe steht der neue Präsident. Es ist keine leichte Aufgabe, der sich D. Dr. Dr. Gustav Heinemann verpflichtet weiß. Gerade jetzt, da so vieles in Bewegung geraten ist, da Wissenschaft, Technik und Wirtschaft mit explosiver Kraft zu neuen Formen des menschlichen Zusammenlebens drängen, wird auch der neue Präsident der Bundesrepublik Deutschland sein ganzes Wissen um die Möglichkeiten und Unzulänglichkeiten menschlichen Strebens zum Einsatz zu bringen haben, um das ihm anvertraute Gut würdig zu wahren.

Hierbei kann er der Unterstützung aller gerecht denkenden Deutschen gewiß sein.

+ + *

Unsere Lehrer und ihre Besoldung

Bemerkungen zum zweiten Besoldungsneuregelungs-Gesetz

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

Die öffentliche Diskussion um das zweite Besoldungsneuregelungs-Gesetz hat sich vor allem auf die Lehrerbesoldung konzentriert. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion begrüßt es, daß dieses Gesetz nicht nur unter beamtenrechtlichen, sondern auch - soweit es um die Lehrer geht - unter bildungspolitischen Gesichtspunkten debattiert wird. Wenn man Gesellschaftspolitik aus einem Guß gestalten will, dann kann man das eine nicht ohne das andere erwägen und regeln.

Die Lehrerverbände haben von ihrem selbstverständlichen staatsbürgerlichen Recht Gebrauch gemacht, den Fraktionen des Bundestages ihre Vorschläge und Bedenken gegenüber der vorgesehenen Regelung vorzutragen. Sie ließen es dabei nicht bewenden und nutzten die Möglichkeiten der politischen Demonstration, um dem Bundestag die bildungspolitische Bedeutung der Besoldungsregelung deutlich zu machen.

Mehr als 5.000 Pädagogen der GEW hatten sich in der vergangenen Woche in der Bonner Beethovenhalle versammelt, um hier gegen die vermeintlich bildungsfeindlichen Pläne des Parlamentes zu protestieren. Zu Gast bei dieser Veranstaltung waren auch einige Abgeordnete als Vertreter ihrer Fraktionen, die den Standpunkt des Bundestages darlegen sollten. Doch die Parlamentarier wurden, kaum daß sie einen Satz zu Ende gesprochen hatten, von einer lautstarken Minderheit der anwesenden Lehrer niedergebrüllt. Selbst stürmische Studentenversammlungen zeichnen sich gegenüber dem Stil, den die GEW in Bonn bietet, durch normale menschliche Umgangsformen aus. Ein Beobachter der Szene in der Beethovenhalle meinte, den versammelten Pädagogen gehe es offensichtlich darum, den Bildungsnotstand in den Schulen in einen Besoldungsnotstand der Lehrer umzudeuten.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wird sich nach ihrer Klamauk-Veranstaltung in Bonn selber fragen, ob sie diese Art der politischen Demonstration für die Demokratie und die Lehrer angemessen hält. Vermutlich wird die große Mehrheit der Lehrer sehr bald einsehen, daß der Vorsitzende ihrer Gewerkschaft mit seiner Taktik der falschen und einseitigen Information ihrer Sache einen Bärendienst erwiesen hat, denn tatsächlich sind die Sorgen der Lehrer sehr viel besser zu begründen als es ihre Sprechchöre in der Beethovenhalle taten.

Der Bundestag plant eine bundeseinheitliche Rahmenregelung für die Beamtenbesoldung. Da die Lehrer auch Beamte sind, müssen sie in diesem Rahmen ihren Platz finden. Die Bildungspolitik der SPD zielt dabei seit langerem darauf ab, die Ausbildung für Grundschullehrer

und für Realschullehrer Zug um Zug an wissenschaftliche Hochschulen zu verlagern, sie auf acht Semester zu verlängern und mit einem Referendariat zu verbinden. Wir haben in unserem Godesberger Programm schon 1959 gefordert, daß alle Lehrer an wissenschaftlichen Hochschulen ausgebildet werden. Ein gutes Schulwesen verlangt Erzieherpersönlichkeiten, die sich selbständig mit allen Problemen der Zeit auseinandersetzen.

In den bildungspolitischen Leitsätzen, 1964 von der SPD beschlossen, wird gesagt:

- * Eine größere Anzahl qualifizierter Lehrer mit Ausbildung für die
- * verschiedenen Stufen und Unterrichtsbereiche ist nötig, wenn
- * unser Schulwesen die ihm heute gestellte Aufgabe erfüllen soll.
- * Die gesellschaftliche Stellung des Lehrers muß der Bedeutung
- * seiner Aufgabe entsprechen.
- * Alle Lehrer werden an wissenschaftlichen Hochschulen ausgebildet.
- * Alle Einrichtungen der Lehrerbildung müssen die Erziehungswissenschaft in der methodischen Verbindung von Forschung und Lehre pflegen und alle Bedingungen wissenschaftlicher Hochschulen erfüllen.
- * Der Umfang der erziehungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Studien erfordert die Bildung von Schwerpunkten und eine durch den Stufenbau des Schulwesens und die Fachgebiete der Studierenden bestimmte Differenzierung.
- * Dem Studium folgt nach der ersten Staatsprüfung die schulpraktische Ausbildung (Referendariat).
- * Grenzen für die Arbeit des Lehrers ziehen nur seine Fähigkeiten und Neigungen, nicht aber starre Schranken zwischen den Schulstufen.
- * Nach der zweiten Staatsprüfung kann sich der Lehrer in regelmäßigen Abständen ohne Unterrichtsverpflichtungen durch Studium oder Praktika fortbilden.

Soweit die bildungspolitischen Leitsätze, die keineswegs in den Akkenschränken der SPD schlummern. Wo immer wir die Möglichkeit in den Bundesländern dazu hatten, haben wir Schritt für Schritt versucht, aus diesen Leitsätzen politische Wirklichkeit werden zu lassen. Wenn das erreicht ist, dann haben Grundschullehrer und Realschullehrer selbstverständlich den Anspruch auf eine gleiche adäquate Bezahlung wie Studienräte an höheren Schulen. Die ständestaatlich geprägten Unterschiede in der Lehrerausbildung und damit in der Besoldung sind ein alter Zopf. Statt dieser überkommenen Differenzierung müssen in Zukunft die Art und die Qualität der Ausbildung und die Leistung Maßstäbe für die Besoldung sein, gleichgültig, auf welchem Gebiet oder auf welcher Etage des Schulwesens jemand tätig ist. Diese Zielsetzung läßt sich am besten in einem differenzierten und integrierten Gesamtschulsystem verwirklichen, das die Sozialdemokraten mit Nachdruck anstreben.

Allerdings wird eine Anhebung der Besoldung ohne eine jeweils angemessene Vor- und Ausbildung auch in einem Gesamtschulsystem nicht in Frage kommen können.

Der Abbau der ständestaatlichen Unterschiede in Ausbildung und Besoldung bedeutet nicht den Weg in eine Nivellierung. Täte man diesen Schritt, so würde das weder dem Ansehen des Lehrerberufs noch der pädagogischen Entwicklung zugute kommen.

Genau an diesem Punkt scheiden sich die Geister. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft erkennt im Prinzip die Besoldungsdifferenzierung nach Ausbildungsdauer, Qualität und Leistung an. Aber ihr Widerstand gegen die Absichten des zweiten Besoldungsneuregelungsgesetzes ist damit nicht in Übereinstimmung zu bringen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat unmißverständlich klargemacht, daß die heute in den Ländern unterschiedliche Lehrerbesoldung noch für eineinhalb Jahre möglich sein soll, um auf diese Weise nachdrücklich auf die Bundesländer einzuwirken, die Reform der Lehrerausbildung in diesem Zeitraum endlich durchzuführen und damit den Weg auch zu einer Neuregelung der Lehrerbesoldung freizumachen. Aber man kann nicht den umgekehrten Weg gehen: erst mehr Geld, um dann eine bessere Ausbildung zu erhalten.

Man kann den Lehrern nicht vorwerfen, daß sie es seien, die sich einer Reform ihrer Ausbildung widersetzen oder sich gar weigerten, gründlicher und vielseitiger auf ihren Beruf vorbereitet zu werden. Im Gegenteil, sie haben seit Jahr und Tag gefordert, daß diese Reform endlich kommt. Insofern haben sie recht, wenn sie darauf hinweisen, daß sie nicht auf dem Altar des Kulturföderalismus geopfert werden wollen.

Wir wollen ihnen den Weg zu dieser Reform nicht verlegen, sondern ebnen, indem wir die Länder auffordern, in dieser Sache in nächster Zeit zu Entscheidungen zu kommen. Gewiß, die Reform der Lehrerausbildung wird Geld kosten, und zwar viel Geld. Aber wer eine gute Ausbildung für seine Kinder will, wird das als Steuerzahler einsehen und in die Tasche greifen. Schließlich wird die jetzt arbeitende Generation in ihrem späteren Rentenalter davon abhängig sein, ob die jungen Leute heute eine wirklich gute Ausbildung erhalten.

Die Lehrer haben es also nicht nötig, das Gewicht ihrer bildungspolitischen Argumente durch Lautstärke zu übertönen. Sie werden in der Öffentlichkeit eher auf Verständnis treffen, wenn sie fest und klar für ihre Sache eintreten, denn ihr Anliegen geht uns alle an. Niemand kann sachlich daran interessiert sein, daß wir in der bildungspolitischen Diskussion in eine schiefe Schlachtordnung geraten. Die Sozialdemokraten wissen, was die meisten Lehrer für die Festigung einer demokratischen Grundhaltung leisten. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung. Wir wissen auch, daß es die Lehrer sind, die neben den Kindern und Eltern jahrelange Versäumnisse der Bildungspolitik in vielen Bundesländern auszugleichen haben und dies mit Energie und großer Einsatzbereitschaft versuchen. Die SPD wird im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden alles daransetzen, gemeinsam mit den Lehrern eine moderne Bildungspolitik zu verwirklichen. Dies wird umso eher gelingen, wenn wir es nicht gegeneinander, sondern miteinander versuchen.

Gesellschaft der verantwortlichen Väter

Bildungsforschung gibt neue Anstöße für das "Prinzip Mitbestimmung"

Von Wolfgang Tschechne

Zeichenunterricht in einer Volksschulklasse, Unterstufe. Die Aufgabe heißt: Stellt eure Eltern dar. Die Blätter der Kinder sind hübsch anzusehen. Klein und liebevoll ausgemalt sind die Mütter, groß und dunkel, überdimensional oft, erscheinen die Väter.

Das hat man jahrzehntelang hingenommen ohne über die Folgerungen nachzudenken. Väter sind im kindlichen Verständnis eben "Respektpersonen", Männer mit lauten Stimmen, große Figuren.

Jetzt haben sich - endlich - die Erziehungswissenschaftler intensiv mit dem Phänomen des Vaterbildes befaßt. Einer der angesehensten des Faches, der Göttinger Professor Heinrich Roth, hat im Auftrage des Deutschen Bildungsrates die mit allen Lehr- und Lernprozessen verbundenen Persönlichkeitsstrukturen untersucht.

Die großen Umbrüche finden oft in aller Stille statt. Zu diesem Urteil kommt man nach der Lektüre der unter dem Stichwort "Begabungsforschung" firmierenden Untersuchungsergebnisse. Denn was sich da offenbart, sollte geeignet sein, die Wandlungen unserer Gesellschaft einer noch immer unaufmerksamen Öffentlichkeit fordernd bewußt zu machen. Professor Roth hat ermittelt und nachgewiesen, daß für den Erziehungsprozeß nicht in erster Linie die soziale Herkunft des Kindes entscheidend ist. Nicht der "Stand des Vaters", wie es alte Fragebogen noch immer wissen wollen, ist ausschlaggebend. Wichtig ist in einem bisher unbekanntem Ausmaß das Gewicht der Berufsrolle des Vaters. Wichtig ist die persönliche Achtung und Beachtung, die dem Vater im sozialen Leben zukommt. Von daher haben die Wissenschaftler direkte Beziehungen zur Begabungsmöglichkeit und Begabungsentfaltung des Kindes nachgewiesen.

Das ist, auch wenn man mit diesem abgegriffenen Wort vorsichtig umgehen sollte, eine Sensation, und es ist gewiß notwendig, sie dem

eingedickten Konsumentenken einer mit sich allzu zufriedenen Gesellschaft eindringlich vorzuhalten.

Denn was besagt dieses Ergebnis der Begabungsforschung? Es zeigt, und zwar nicht als ideale oder idealisierte Zielvorstellung, sondern als meßbare Realität, daß die beginnende Veränderung der Schule ohne die gleichzeitige Veränderung der allgemeinen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen sinnlos bleiben muß. Die "Demokratisierung" der Schule, wie ein schon strapaziertes Fachwort jüngster kulturpolitischer Debatten heißt, ist nichts weiter als eine Seifenblase, wenn die sozialen Praktiken in alter und scheinbar erprobter Form erhalten bleiben.

Oder um es ganz deutlich zu sagen: Die Schule von morgen kommt nicht aus ohne eine Gesellschaft mit breit verwirklichter Mitbestimmung. Wenn die Erziehung die größere Unabhängigkeit und Kreativität der jungen Menschen bewirken will, dann muß es den Vätern ermöglicht werden, an allen Entscheidungen Anteil zu haben - auch und speziell bei Entscheidungen, die die Arbeitsprozesse strukturieren. Noch nie bisher ist so einleuchtend deutlich geworden, daß Mitbestimmung mehr ist als eine Parolle, mehr als ein abstrakter Punkt auf irgendeinem Programm: daß sie als neue Gemeinschaftsaufgabe vor die 60 Millionen Bundesbürger tritt. Es sollte möglich sein, über die nachweisbare Bedeutung der Berufsrolle des Vaters für die Begabung des Kindes ein verändertes Verständnis für das Prinzip Mitbestimmung zu erreichen. Wenn das erkannt wird, wenn von der Bildung her der Demokratisierung unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens vielleicht sogar eine neue Faszination erwächst, dann verlieren sowohl die maskenhafte Revolution von der einen als auch die provinzielle Reaktion von der anderen extremen Seite her ihren Halt; dann wird auch die Mitbestimmung als eine Kulturleistung erkannt. Aus einer Gesellschaft mit teils autoritären, teils frustrierten Vätern kann dann eine Gemeinschaft mit verantwortlichen Vätern werden - und das "Leben mit dem Vater" wird dann kein düsteres Problem mehr sein.